

Bayerisches Justizministerialblatt

AMTLICH HERAUSGEGEBEN VOM BAYERISCHEN STAATSMINISTERIUM
DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ

Nr. 7

München, den 22. September

2009

Inhaltsübersicht

| Datum | | Seite |
|------------|---|-------|
| | Bekanntmachungen | |
| 13.08.2009 | 360-J Änderung der Kostenverfügung | 98 |
| 21.08.2009 | 3004.0-J Neunte Änderung der Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen | 100 |
| 21.08.2009 | 2038.3.3.3-J Hilfsmittel für die Laufbahnprüfung für den gehobenen Vollzugsverwaltungsdienst bei den Justizvollzugsanstalten | 100 |
| 26.08.2009 | 3032-J Änderung der Vergütungsfestsetzungsbekanntmachung | 103 |
| 27.08.2009 | 3004.0-J Aufhebung der Rechtshilfezuständigkeitsbekanntmachung | 103 |
| 07.09.2009 | 3102-J Änderung der Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe und zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahren | 103 |
| | Stellenausschreibungen | 109 |
| | Literaturhinweise | 111 |

Bekanntmachungen

360-J

Änderung der Kostenverfügung

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz

vom 13. August 2009 Az.: 5607 - VI - 3676/09

- | | |
|---|--|
| <p>1. Die Kostenverfügung vom 1. März 1976 (JMBl S. 41), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 8. Januar 2008 (JMBl S. 22), wird wie folgt geändert:</p> <p>1.1 § 5 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst: „Der Kostenansatz richtet sich, soweit Kosten nach dem Gerichtskostengesetz erhoben werden, nach § 19 GKG, soweit Kosten nach dem Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen erhoben werden, nach § 18 FamGKG und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit nach § 14 KostO.“</p> <p>1.2 § 6 wird wie folgt geändert:</p> <p>1.2.1 In Abs. 1 werden die Worte „Ländervereinbarung (vgl. <i>Anlage 1</i>)“ durch die Worte „Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten vom 11. Juli 2001 (JMBl S. 125) in der jeweils gültigen Fassung“ ersetzt.</p> <p>1.2.2 In Abs. 2 wird der Klammerzusatz „(vgl. <i>Anlage 2</i>)“ durch den Klammerzusatz „(vgl. Vereinbarung des Bundes und der Länder über den Ausgleich von Kosten in Verfahren vor den Gerichten vom 11. Juli 2001 <JMBl S. 125>)“ ersetzt.</p> <p>1.3 In § 7 Abs. 1 Satz 2 werden nach der Angabe „§ 29 Nr. 3 GKG“ die Wörter „sowie nach § 24 Nr. 3 FamGKG“ eingefügt.</p> <p>1.4 § 8 wird wie folgt geändert:</p> <p>1.4.1 Abs. 1 Satz 1 wird wie folgt gefasst: „Soweit in Angelegenheiten, für die das Gerichtskostengesetz oder das Gesetz über Gerichtskosten in Familiensachen gilt, einem gesamtschuldnerisch haftenden Kostenschuldner die Kosten durch gerichtliche Entscheidung auferlegt oder von ihm durch eine vor Gericht abgegebene oder ihm mitgeteilte Erklärung übernommen sind, soll die Haftung des anderen gesamtschuldnerisch haftenden Kostenschuldners (Zweitschuldners) nur geltend gemacht werden, wenn eine Zwangsvollstreckung in das bewegliche Vermögen des erstgenannten Kostenschuldners (Erstschuldners) erfolglos geblieben ist oder aussichtslos erscheint (§ 31 Abs. 2 Satz 1, § 18 GKG, § 26 Abs. 2 Satz 1, § 17 FamGKG).“</p> <p>1.4.2 Abs. 2 wird wie folgt gefasst: „Soweit einem Kostenschuldner, der aufgrund von § 29 Nr. 1 GKG oder § 24 Nr. 1 FamGKG haftet (Entscheidungsschuldner), Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe bewilligt worden ist, darf die</p> | <p>Haftung eines anderen Kostenschuldners nicht geltend gemacht werden; von diesem bereits erhobene Kosten sind zurückzuzahlen, soweit es sich nicht um eine Zahlung nach § 13 Abs. 1 und 3 des Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetzes handelt und die Partei, der Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe bewilligt worden ist, der besonderen Vergütung zugestimmt hat. Die Haftung eines anderen Kostenschuldners darf auch nicht geltend gemacht werden, soweit dem Entscheidungsschuldner ein Betrag für die Reise zum Ort einer Verhandlung, Vernehmung oder Untersuchung und für die Rückreise gewährt worden ist (§ 31 Abs. 3 GKG, § 26 Abs. 3 FamGKG).“</p> <p>1.5 § 9 wird wie folgt gefasst: „§ 9 Kosten bei Bewilligung von Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe Bei Bewilligung von Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe sind die Durchführungsbestimmungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH) zu beachten.“</p> <p>1.6 § 10 wird wie folgt geändert:</p> <p>1.6.1 In Abs. 1 Satz 1 wird die Angabe „Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe und zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKHG/DB-InsO)“ durch die Angabe „Durchführungsbestimmungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH)“ ersetzt.</p> <p>1.6.2 In Abs. 3 Satz 1 wird das Wort „Prozesskostenhilfe“ durch die Wörter „Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe“ ersetzt.</p> <p>1.7 § 10a wird wie folgt geändert:</p> <p>1.7.1 In der Überschrift werden nach der Angabe „§ 21 Abs. 1 Satz 2 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 20 Abs. 1 Satz 2 FamGKG“ eingefügt.</p> <p>1.7.2 In Satz 1 werden nach der Angabe „§ 21 Abs. 1 Satz 2 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 20 Abs. 1 Satz 2 FamGKG“ eingefügt.</p> <p>1.7.3 In Satz 3 werden nach der Angabe „§ 21 Abs. 2 Satz 2 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 20 Abs. 2 Satz 2 FamGKG“ eingefügt.</p> <p>1.8 § 10b wird wie folgt geändert:</p> <p>1.8.1 Die Überschrift wird wie folgt gefasst: „Absehen von Wertermittlungen - zu § 92 KostO, Nrn. 1311, 1312 der Anlage 1 (zu § 3 Abs. 2) FamGKG -.“</p> <p>1.8.2 Die Wörter „In den Fällen des § 92 KostO kann von Wertermittlungen“ werden durch die Wörter „Von Wertermittlungen kann“ ersetzt.</p> |
|---|--|

- 1.9 § 13 wird wie folgt geändert:
- 1.9.1 Abs. 1 wird wie folgt gefasst:
„Soweit nichts anderes bestimmt oder zugelassen ist, werden Kosten alsbald nach Fälligkeit angesetzt (z. B. § 6 Abs. 1 und 2, §§ 7 bis 9 GKG, §§ 9 bis 11 FamGKG, § 7 KostO) und Kostenvorschüsse berechnet, sobald sie zu leisten sind (z. B. §§ 15 bis 18 GKG, §§ 16, 17 FamGKG, § 8 KostO).“
- 1.9.2 Abs. 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:
„Auf rechtzeitige Berichterstattung ist zu achten (vgl. § 20 GKG, § 19 FamGKG, § 15 KostO); in Angelegenheiten, auf die die Kostenordnung Anwendung findet, ist erforderlichenfalls dem Kostenschuldner mitzuteilen, dass ein Wertermittlungsverfahren eingeleitet ist (§ 15 Abs. 2 KostO).“
- 1.9.3 Nach Abs. 4 Satz 2 wird folgender Satz 3 angefügt:
„Dasselbe gilt für Angelegenheiten, auf die das FamGKG Anwendung findet (§ 19 Abs. 2 FamGKG).“
- 1.10 § 14 wird wie folgt geändert:
- 1.10.1 Abschnitt III wird wie folgt geändert:
- 1.10.1.1 Die Überschrift wird wie folgt gefasst:
„Kosten in Vormundschafts-, Dauerbetreuungs- und Dauerpflegschaftssachen
- zu § 92 KostO, § 10 FamGKG -“.
- 1.10.1.2 In Satz 1 werden die Wörter „nach § 92 KostO“ gestrichen.
- 1.10.2 In Abschnitt VI wird der Klammerzusatz „(§ 6 Abs. 2, § 9 Abs. 1 GKG)“ durch den Klammerzusatz „(§ 9 Abs. 1, § 11 Abs. 1 FamGKG)“ ersetzt.
- 1.11 § 22 wird wie folgt geändert:
- 1.11.1 In Abs. 1 Nr. 1 werden nach der Angabe „§§ 15, 17 Abs. 3 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 16 Abs. 3 FamGKG“ eingefügt.
- 1.11.2 In Abs. 1 Nr. 2 wird der Klammerzusatz „(z. B. § 17 Abs. 2, §§ 12, 13 GKG, § 8 Abs. 2 KostO, § 7 Abs. 2 Satz 2 JVKostO)“ durch den Klammerzusatz „(z. B. §§ 12, 13, 17 Abs. 2 GKG, §§ 14, 16 Abs. 2 FamGKG, § 8 Abs. 2 KostO, § 7 Abs. 2 Satz 2 JVKostO)“ ersetzt.
- 1.11.3 In Abs. 2 Satz 2 werden nach der Angabe „§§ 12, 13 GKG“ die Wörter „und § 14 FamGKG“ eingefügt.
- 1.11.4 In Abs. 3 werden nach der Angabe „§ 17 Abs. 1 Satz 2 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 16 Abs. 1 Satz 2 FamGKG“ und nach der Angabe „§§ 12, 13 GKG“ die Wörter „und § 14 FamGKG“ eingefügt.
- 1.11.5 In Abs. 6 werden nach den Wörtern „§ 17 Abs. 2 GKG und“ die Wörter „des § 16 Abs. 2 FamGKG sowie“ eingefügt.
- 1.12 § 25 wird wie folgt geändert:
- 1.12.1 In der Überschrift werden nach der Angabe „§ 17 Abs. 2 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 16 Abs. 2 FamGKG“ eingefügt.
- 1.12.2 In Abs. 1 Satz 2 werden die Wörter „im Falle des § 17 Abs. 2 GKG und“ durch die Wörter „in den Fällen des § 17 Abs. 2 GKG und des § 16 Abs. 2 FamGKG sowie“ ersetzt.
- 1.13 In der Überschrift des § 31 werden nach der Angabe „§§ 12, 13, 17 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 GKG“ ein Komma und die Angabe „§§ 14, 16 Abs. 1 Satz 2, Abs. 2 FamGKG“ eingefügt.
- 1.14 § 32 wird wie folgt geändert:
- 1.14.1 In Abs. 2 Satz 1 wird das Wort „Prozessbevollmächtigten“ durch die Wörter „Prozess- oder Verfahrensbevollmächtigten“ ersetzt.
- 1.14.2 Abs. 4 wird wie folgt geändert:
- 1.14.2.1 In Satz 2 werden in dem Klammerzusatz nach der Angabe „§ 14 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 15 FamGKG“ eingefügt.
- 1.14.2.2 In Satz 3 werden die Wörter „in den Fällen des § 12 Abs. 1, 3 Satz 3 GKG“ durch die Wörter „in den Fällen des § 12 Abs. 1, 3 Satz 3 und 4 GKG sowie des § 14 Abs. 1, 3 FamGKG“ und die Wörter „so werden die in § 12 Abs. 1, 3 Satz 3 GKG“ durch die Wörter „so werden die in § 12 Abs. 1, 3 Satz 3 und 4 GKG und § 14 Abs. 1, 3 FamGKG“ ersetzt.
- 1.15 § 36 Abs. 4 wird wie folgt gefasst:
„Bei Vertretung durch einen Prozess- oder Verfahrensbevollmächtigten (§ 81 ZPO, § 11 FamFG, § 113 Abs. 1 Satz 2 FamFG) ist die Rückzahlung an diesen anzuordnen, es sei denn, die Partei oder der Beteiligte hat der Rückzahlung gegenüber dem Gericht ausdrücklich widersprochen. Stimmt der Bevollmächtigte in diesem Fall der Rückzahlung an die Partei oder den Beteiligten nicht zu, so sind die Akten dem Prüfungsbeamten zur Entscheidung vorzulegen.“
- 1.16 In der Überschrift des § 37a werden nach der Angabe „§ 5 Abs. 2 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 7 Abs. 2 FamGKG“ eingefügt.
- 1.17 In der Überschrift des § 43 werden nach der Angabe „§ 19 Abs. 5 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 18 Abs. 3 FamGKG“ eingefügt.
- 1.18 In der Überschrift des § 44 werden nach der Angabe „§ 21 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 20 FamGKG“ eingefügt.
- 1.19 In der Überschrift des § 45 werden nach der Angabe „§ 66 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 57 FamGKG“ eingefügt.
- 1.20 § 48 Abs. 1 wird wie folgt geändert:
- 1.20.1 In Nr. 4 wird das Wort „Prozesskostenhilfe“ durch die Wörter „Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe“ ersetzt.
- 1.20.2 In Nr. 4 Buchst. a werden die Wörter „der zahlungspflichtigen Partei“ durch die Wörter „dem Zahlungspflichtigen“ ersetzt.
- 1.20.3 In Nr. 5 werden nach der Angabe „§ 70 Abs. 2 Satz 2 bis 4 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 62 Abs. 2 Satz 2 bis 4 FamGKG“ eingefügt.
- 1.21 § 56 wird wie folgt geändert:

- 1.21.1 Abs. 2 wird wie folgt gefasst:
„Hat der Kostenschuldner die Entscheidung des Landgerichts gegen den Kostenansatz beantragt, so kann die Aufsichtsbehörde, wenn sie den Kostenansatz für zu niedrig hält, den Notar anweisen, sich dem Antrag mit dem Ziel der Erhöhung des Kostenansatzes anzuschließen.“
- 1.21.2 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:
„Entscheidungen des Landgerichts und Beschwerdeentscheidungen des Oberlandesgerichts, gegen die die Rechtsbeschwerde zulässig ist, hat der Kostenbeamte des Landgerichts mit den Akten alsbald der Dienstaufsichtsbehörde des Notars zur Prüfung vorzulegen, ob der Notar angewiesen werden soll, Beschwerde oder Rechtsbeschwerde zu erheben.“
- 1.22 Die Anlagen 1 und 2 werden aufgehoben.
2. Die Ergänzungsbestimmungen zur Kostenverfügung (ErgKostVfg) vom 1. März 1976 (JMBl S. 41), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 22. Februar 2007 (JMBl S. 36), werden wie folgt geändert:
- 2.1 Nr. 5 wird aufgehoben.
- 2.2 In Nr. 9 werden die Worte „nach §§92 KostO“ gestrichen.
- 2.3 In Nr. 14 werden die Worte „Grundbuch-, Nachlass- und Registersachen“ durch die Worte „Grundbuch- und Nachlasssachen“ ersetzt.
3. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. September 2009 in Kraft.
- 2.2 In Abschnitt I Nr. 5 werden im vierten Absatz nach den Wörtern „Staatsministerium der Justiz“ die Wörter „und für Verbraucherschutz“ eingefügt.
- 2.3 In Abschnitt I Nr. 6 werden im vierten Absatz die Wörter „Landwirtschaft und Forsten“ durch die Wörter „Ernährung, Landwirtschaft und Forsten“ ersetzt.
- 2.4 Abschnitt XVII Nr. 1 wird wie folgt geändert:
- 2.4.1 In der Überschrift wird das Wort „Vormundschaftsgerichts“ durch die Wörter „Familien- oder Betreuungsgerichts“ ersetzt.
- 2.4.2 Im ersten Absatz wird im Klammerzitat „§ 35a Satz 2 FGG“ durch „§ 22a Abs. 2 Satz 1 FamFG“ ersetzt.
- 2.4.3 Im dritten Absatz wird das Wort „Vormundschaftsgericht“ durch die Wörter „Familien- oder Betreuungsgericht“ ersetzt.
3. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2009 in Kraft.

2038.3.3.3-J

Hilfsmittel für die Laufbahnprüfung für den gehobenen Vollzugsverwaltungsdienst bei den Justizvollzugsanstalten

Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz - Landesjustizprüfungsamt -

vom 21. August 2009 Az.: 2421 - VII a - 6802/2009

Auf Grund des § 21 Abs. 3 Nr. 3 der Zulassungs-, Ausbildungs- und Prüfungsordnung für den gehobenen Vollzugsverwaltungsdienst bei den Justizvollzugsanstalten (ZAPO/gVVD) vom 2. Dezember 1976 (GVBl 1977 S. 1), zuletzt geändert durch Verordnung vom 22. Juni 1998 (GVBl S. 481), bestimmt der Prüfungsausschuss für die Laufbahnprüfung für den gehobenen Vollzugsverwaltungsdienst bei den Justizvollzugsanstalten:

- 3004.0-J**
- Neunte Änderung der Anordnung über
Mitteilungen in Zivilsachen**
- Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz**
- vom 21. August 2009 Az.: 1432 - I - 6628/2008**
1. Die Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi) vom 11. Mai 1998 (JMBl S. 64), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 14. August 2008 (JMBl. S. 146), wird geändert.
- Sie gilt in der bundeseinheitlichen Fassung der 9. Ergänzungslieferung der Loseblattsammlung „Anordnung über Mitteilungen in Zivilsachen (MiZi)“, Oktober 2009, herausgegeben von der Kulturbuch-Verlag GmbH, Berlin. Von einem Abdruck des Wortlauts der Änderungen wird im Hinblick auf diese Veröffentlichung abgesehen.
2. Die Sondervorschriften für Bayern werden wie folgt geändert:
- 2.1 Im Inhaltsverzeichnis wird in XVII Nr. 1 das Wort „Vormundschaftsgerichts“ durch die Wörter „Familien- oder Betreuungsgerichts“ ersetzt.

1. Bei der Laufbahnprüfung für die Laufbahn des gehobenen Vollzugsverwaltungsdienstes sind als Hilfsmittel zugelassen:
- 1.1 folgende Textausgaben und Gesetzessammlungen, wenn sie nicht kommentiert sind:
- 1.1.1 Schönfelder, Deutsche Gesetze,
- 1.1.2 Textausgabe des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland mit Bundesverfassungsgerichtsgesetz und weiteren Nebengesetzen,
- 1.1.3 Textausgabe der Verfassung des Freistaates Bayern,
- 1.1.4 Verwaltungsverfahrensgesetz, Verwaltungsgerichtsordnung (mit Nebengesetz), Textausgabe,
- 1.1.5 Textausgaben der Bayerischen Gnadenordnung und des Bundeszentralregistergesetzes,

- | | |
|---|---|
| <p>1.1.6 Textausgabe des Bundesbesoldungsgesetzes, des Bayerischen Besoldungsgesetzes und der Laufbahnverordnung,</p> <p>1.1.7 Vorschriftensammlung Hartinger/Hegemer, Dienstrecht in Bayern,</p> <p>1.1.8 Haushaltsrecht des Freistaates Bayern mit Verwaltungsvorschriften, herausgegeben vom Bayerischen Staatsministerium der Finanzen,</p> <p>1.1.9 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplanes des Freistaates Bayern für die aktuellen Haushaltsjahre mit Anlagen,</p> <p>1.1.10 Strafvollzugsgesetz (StVollzG) mit Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz (VVStVollzG) sowie Dienst- und Sicherheitsvorschriften für den Strafvollzug (DSVollz), Sonderdruck der Justizvollzugsanstalt Willich sowie bayerische Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz (BayVVStVollzG),</p> <p>1.1.11 Bayerisches Strafvollzugsgesetz (BayStVollzG) und weitere bayerische Justizvollzugsgesetze mit Verwaltungsvorschriften, herausgegeben vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz,</p> <p>1.1.12 Aichberger, Sozialgesetzbuch, oder Textausgaben des Sozialgesetzbuches, III., IV., V., und VII. Buch,</p> <p>1.1.13 Gesetz über Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit (AsiG),</p> <p>1.1.14 Textausgabe Arbeitsgesetze,</p> <p>1.1.15 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB).</p> <p>1.2 Zusätzlich können, nicht weiter kommentiert, benutzt werden:</p> <p>1.2.1 Bürgerliches Gesetzbuch von Palandt,</p> <p>1.2.2 Handelsgesetzbuch von Baumbach/Hopt,</p> <p>1.2.3 Zivilprozessordnung von Thomas-Putzo,</p> <p>1.2.4 Strafgesetzbuch von Fischer oder Lackner,</p> <p>1.2.5 Strafprozessordnung von Meyer-Goßner,</p> <p>1.2.6 Strafvollzugsgesetz von Arloth,</p> <p>1.2.7 Strafvollstreckungsordnung von Pohlmann.</p> <p>1.3 Texte von Vollzugsverordnungen und Justizverwaltungsvorschriften, nicht kommentiert, auch in Zusammenstellungen, insbesondere:</p> <p>1.3.1 Strafvollstreckungsordnung (StVollStrO),</p> <p>1.3.2 Untersuchungshaftvollzugsordnung (UVollzO) und Bayerische Verwaltungsvorschriften zur Untersuchungshaftvollzugsordnung (BayVVUVollzO),</p> <p>1.3.3 Vollstreckungsplan für das Land Bayern (BayVollstrPl),</p> | <p>1.3.4 Arbeitsverwaltungsordnung für die Justizvollzugsanstalten (AVO), herausgegeben vom Bayerischen Staatsministerium der Justiz,</p> <p>1.3.5 Reise- und Umzugskostenbestimmungen,</p> <p>1.3.6 Beihilfevorschriften (BhV),</p> <p>1.3.7 Bundes-Angestellentarifvertrag (BAT),</p> <p>1.3.8 Manteltarifvertrag für Arbeiterinnen und Arbeiter des Bundes und der Länder (MTArb),</p> <p>1.3.9 Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) und</p> <p>1.3.10 Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder (TV-L),</p> <p>1.3.11 Tarifvertrag zur Überleitung der Beschäftigten der Länder in den TV-L und zur Regelung des Übergangsrechts (TVÜ-L),</p> <p>1.3.12 Vollzugsgeschäftsordnung (VGO) und bayerische Verwaltungsvorschriften hierzu (BayVV-VGO) sowie Vordrucksammlung VGO (VGO II),</p> <p>1.3.13 Jugendarrestvollzugsordnung (JAVollzO) und die Richtlinien hierzu,</p> <p>1.3.14 ergänzend folgende haushaltsrechtliche Vorschriften sowie justizministerielle Schreiben:</p> <ul style="list-style-type: none"> – Durchführungsbestimmungen zum Haushaltsgesetz, – Haushaltsvollzugsrichtlinien (HvR), – JMS zum Vollzug des Haushalts bei Kap. 04 05, – Gliederung des Justizhaushalts, – Verdingungsordnung für Leistungen Teil A (VOL/A), – Verdingungsordnung für Leistungen Teil B (VOL/B), – Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen (VOF), – Richtlinien zur Verhütung und Bekämpfung von Korruption in der öffentlichen Verwaltung (KorruR), – Umweltrichtlinien Öffentliches Auftragswesen, – Richtlinien Bau, – Richtlinien für die Tätigkeit des Auftragsberatungszentrums Bayern e. V., – Richtlinien für die Berücksichtigung bevorzugter Bewerber bei der Vergabe öffentlicher Aufträge – Spätaussiedler, Werkstätten für Behinderte und Blindenwerkstätten, Verfolgte – (Bevorzugten-Richtlinien), – Verrechnung von Aufträgen auf die Ausgleichsabgabe nach § 55 SchwbG durch Behörden und Betriebe des Freistaates Bayern, |
|---|---|

- Ausschluss von öffentlichen Aufträgen nach § 5 des Gesetzes zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und § 6 Arbeitnehmer-Entsendegesetz (öAAusschl),
 - Verwaltungsanordnung über die Buchführung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe mit Bruttohaushalt (VBW),
 - Vollzugsanweisung zur Verwaltungsanordnung über die Buchführung der staatlichen Wirtschaftsbetriebe mit Bruttohaushalt (VABW),
 - Verordnung über die Organisation der gesetzlichen Unfallversicherung im Kommunal- und Landesbereich (UkV),
 - Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (VgV),
 - Höhe der anzusetzenden Personalaufwendungen nach Nrn. 22.1.3.1 und 61.1.2 AVO für den Leiter der Arbeitsverwaltung (JMS vom 11. Oktober 2002 Az.: 4446 - VII a - 1507/97),
 - Beiträge zur Bundesanstalt für Arbeit (Arbeitslosenversicherung) für Abschiebungsgefangene (JMS vom 8. Januar 1998 Az.: 4529 - VII a - 1643/96),
 - Arbeitsverwaltungsordnung; hier: Berücksichtigung der kalkulatorischen Abschreibungen und der kalkulatorischen Zinsen bei der Ermittlung der Selbstkosten (JMS vom 23. Juli 1993 Az.: 4446 - VII a - 416/1993),
 - Arbeitsverwaltungsordnung für die Justizvollzugsanstalten in Bayern; hier: Sachanlagen (JMS vom 22. Dezember 1998 Az.: 4446 - VII a - 556/2003),
 - Gesetz zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz - IfSG),
 - Gewährung von Ausbildungsbeihilfe nach § 44 StVollzG; hier: Nachrang gegenüber anderen Leistungen (JMS vom 29. März 1978 Az.: 4528 - VII a - 3274/75),
 - Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen vom 11. Februar 1993, Az.: 41 a/38 - S 0270 - 4/89 - 3739; „Anforderung von Bewerbererklärungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“,
 - Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 29. Oktober 1996, Az.: 476 - 2 - 151; „Scientology-Organisation - Verwendung von Schutzserklärungen bei der Vergabe öffentlicher Aufträge“,
 - Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Finanzen vom 24. Oktober 1980, Az.: 11 - H 1200 - 36/17 - 69655; „Energieeinsparung im öffentlichen Bereich, insbesondere bei den Dienststellen des Freistaates Bayern“,
 - Bekanntmachung der Bayerischen Staatsregierung vom 4. Dezember 1984 in der gültigen Fassung, „Richtlinien für die Beteiligung kleiner und mittlerer Unternehmen und freier Berufe bei der Vergabe öffentlicher Aufträge (Mittelstandsrichtlinien öffentliches Auftragswesen).
- 1.4 Vorschriftensammlung Justizvollzug für den gehobenen Vollzugsverwaltungsdienst in der jeweils gültigen Fassung, herausgegeben von der Bayerischen Justizvollzugsschule, nicht kommentiert.
 - 1.5 Als Hilfsmittel sind weiter zugelassen elektronische Taschenrechner, die netzunabhängig und nicht programmierbar sind.
 2. Die Eigenschaft eines Hilfsmittels als nicht kommentiert soll nicht dadurch in Frage gestellt sein, dass kleine Hinweise und Anmerkungen redaktioneller Art gedruckt beigelegt sind.
 3. Die zugelassenen Hilfsmittel dürfen kurze handschriftliche Bemerkungen am Blattrand oder zwischen den Zeilen enthalten. Dazu gehören insbesondere Verweisungen auf andere Vorschriften und kurze Leitsätze in Stichworten. Dagegen sind Bemerkungen auf ganz oder teilweise unbedruckten Seiten, Bemerkungen an Stellen, zu denen kein unmittelbarer Zusammenhang besteht, oder systematische Zusammenstellungen – ausgenommen die unter Abschnitt 1 ausdrücklich zugelassenen – nicht zulässig.
 4. Von den Textausgaben und Gesetzessammlungen (Abschnitt 1.1) sowie dem Taschenrechner (Abschnitt 1.5) darf jeweils nur ein Exemplar, von den übrigen Hilfsmitteln dürfen jeweils zwei verschiedene Auflagen benutzt werden. Die Benützung der Hilfsmittel wird nicht dadurch weiter eingeschränkt, dass ein Gesetz oder eine Vorschrift in mehreren Ausgaben oder Sammlungen enthalten ist.
 5. Ergänzungslieferungen, die in den letzten sechs Monaten vor Beginn der Prüfungen erscheinen, können zusätzlich benutzt werden. Soweit sie bereits eingeordnet sind, können die ausgeschiedenen Blätter mitgebracht werden.
 6. Die Benützung anderer als der zugelassenen Hilfsmittel oder die gemeinschaftliche Benützung von Hilfsmitteln durch mehrere Prüflinge ist nicht gestattet.
 7. Die Prüfungsteilnehmer haben die Hilfsmittel selbst zu beschaffen.
 8. Die Bekanntmachung tritt am 1. November 2009 in Kraft. Mit Ablauf des 31. Oktober 2009 tritt die Bekanntmachung über die Hilfsmittel für die Anstellungsprüfung für den gehobenen Vollzugsverwaltungsdienst bei den Justizvollzugsanstalten vom 29. Januar 1999 Az.: 2421 - VII a - 2696/92 (JMBl S. 21) außer Kraft.

3032-J**Änderung der
Vergütungsfestsetzungsbekanntmachung****Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz****vom 26. August 2009 Az.: 5651 - VI - 5372/09**

1. Abschnitt II der Bekanntmachung über die Festsetzung der aus der Staatskasse zu gewährenden Vergütung der Rechtsanwälte (Vergütungsfestsetzungsbekanntmachung - VergRAFBeK) vom 4. November 2005 (JMBl S. 149) wird wie folgt geändert:
 - 1.1 In Nrn. 2, 2.3.1 Satz 1, Nrn. 2.3.6, 2.4, 2.4.1 Satz 4, Nrn. 2.4.4 und 2.5.1.2 wird jeweils das Wort „Prozesskostenhilfe“ durch die Worte „Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe“ ersetzt.
 - 1.2 In Nr. 2.3.1 Satz 1 werden nach der Angabe „ZPO“ ein Komma und die Worte „auch in Verbindung mit § 76 Abs. 1, § 85 FamFG“ eingefügt.
 - 1.3 In Nr. 2.3.2 Satz 1 werden nach der Angabe „ZPO“ ein Komma und die Worte „auch in Verbindung mit § 76 Abs. 1, § 85 FamFG,“ eingefügt.
 - 1.4 In Nr. 2.3.4, 2.4.1 Satz 4 und 5 sowie Nr. 2.5.1.5 werden nach der Angabe „ZPO“ jeweils ein Komma und die Worte „auch in Verbindung mit § 76 Abs. 1 FamFG“ eingefügt.
 - 1.5 In Nrn. 2.5.1.3 und 2.5.3 werden nach der Angabe „ZPO“ jeweils ein Komma und die Worte „auch in Verbindung mit § 76 Abs. 1 FamFG,“ eingefügt.
 - 1.6 In Nr. 2.3.4 werden die Worte „Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe und zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKHG/DB-InsO)“ jeweils durch die Worte „Durchführungsbestimmungen zur Prozess- oder Verfahrenskostenhilfe sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH)“ ersetzt.
 - 1.7 In Nr. 2.4.1 Satz 4 und 5 wird die Angabe „DB-PKHG/DB-InsO“ jeweils durch die Angabe „DB-PKH“ ersetzt.
 - 1.8 Nach Nr. 2.5.6 wird folgende neue Nr. 2.6 eingefügt:
„Bei der Anwendung der vorstehenden besonderen Bestimmungen auf die Vergütung der im Wege der Verfahrenskostenhilfe beigeordneten Rechtsanwälte tritt an die Stelle der Bezeichnung ‚Partei‘ die Bezeichnung ‚Beteiligter‘.“
 - 1.9 Die bisherige Nr. 2.6 wird neue Nr. 2.7 und wie folgt geändert:
Die Angabe „§ 625 ZPO“ wird durch die Angabe „§ 138 FamFG, auch in Verbindung mit § 270 FamFG,“ ersetzt.
2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. September 2009 in Kraft.

3004.0-J**Aufhebung der
Rechtshilfzuständigkeitsbekanntmachung****Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz****vom 27. August 2009 Az.: 3140 - I - 4502/2009**

1. Die Bekanntmachung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Berlin und Hamburg für Rechtshilfesachen (Rechtshilfzuständigkeitsbekanntmachung) vom 4. Juni 1981 (JMBl S. 79), geändert durch Bekanntmachung vom 11. Dezember 1985 (JMBl 1986 S. 1), wird aufgehoben.
2. Diese Bekanntmachung tritt am 1. Oktober 2009 in Kraft.

3102-J**Änderung der Durchführungsbestimmungen
zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe und zur
Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens****Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums
der Justiz und für Verbraucherschutz****vom 7. September 2009 Az.: 3715 - VI - 141/09**

1. Die Bekanntmachung über die Durchführungsbestimmungen zum Gesetz über die Prozesskostenhilfe und zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKHG/DB-InsO) vom 16. November 2001 (JMBl 2002 S. 10), zuletzt geändert durch Bekanntmachung vom 4. Dezember 2006 (JMBl 2007 S. 3), wird wie folgt geändert:
 - 1.1 Die Überschrift der Bekanntmachung erhält folgende Fassung:
„Durchführungsbestimmungen zur Prozess- und Verfahrenskostenhilfe sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (DB-PKH)“.
 - 1.2 Vor Nr. 1 wird folgender Text eingefügt:
„Die Landesjustizverwaltungen haben die Durchführungsbestimmungen zur Prozesskostenhilfe (Abschnitt A), zur Verfahrenskostenhilfe (Abschnitt B) sowie zur Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens (Abschnitt C) abgestimmt. Diese gelten nach folgender Maßgabe für den Geschäftsbereich des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz:
 - A.

**A.
Durchführungsbestimmungen
zur Prozesskostenhilfe“.**

- 1.3 In Nr. 1 werden die Worte „auf Prozesskostenhilfe“ gestrichen.
- 1.4 Nr. 1.3 im neuen Abschnitt A wird wie folgt gefasst:
„Dieser Verwaltungsvorschrift liegen zwei Tabellen als Anlagen an. Den Tabellen können die voraus-

sichtlich entstehenden Verfahrenskosten in den dort genannten Verfahren entnommen werden (Anlage 1: Kostenvoranschlag zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe in Klageverfahren vor den ordentlichen Gerichten <§ 115 ZPO>; Anlage 2: Kostenvoranschlag zur Bewilligung von Prozess- bzw. Verfahrenskostenhilfe in familiengerichtlichen Verfahren I. Instanz <§ 76 FamFG, § 115 ZPO>). Die Kosten setzen sich aus den bei einem normalen Verfahrensablauf entstehenden Gerichtsgebühren (Gebühr für das Verfahren im Allgemeinen) sowie den Gebühren für die Vertretung durch einen Prozessbevollmächtigten (Nrn. 3100 und 3104 bzw. Nrn. 3200 und 3202 VV-RVG) zuzüglich Auslagenpauschale und Umsatzsteuer zusammen. Voraussichtlich entstehende weitere Kosten sind dem jeweiligen Kostenbetrag der Tabellen hinzuzurechnen.“

1.5 In Nr. 2.1 Abs. 3 Satz 1 im neuen Abschnitt A wird das Wort „(PKH)“ in Anführungszeichen gesetzt.

1.6 In Nrn. 2.4.9 und 4.9 im neuen Abschnitt A werden nach der Angabe „§ 31 Abs. 2 GKG“ jeweils ein Komma und die Angabe „§ 26 Abs. 2 FamGKG“ eingefügt.

1.7 In Nr. 3 im neuen Abschnitt A werden die Worte „von Prozesskostenhilfe“ gestrichen.

1.8 Nr. 3.2 Abs. 2 Satz 2 im neuen Abschnitt A wird wie folgt gefasst:

„Wird die Partei, der Prozesskostenhilfe ohne Zahlungsbestimmung bewilligt worden ist, rechtskräftig in die Prozesskosten verurteilt (Entscheidungsschuldner nach § 29 Nr. 1 GKG, § 24 Nr. 1 FamGKG), sind vom Gegner bereits entrichtete Kosten zurückzuzahlen (§ 31 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 GKG, § 26 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 FamGKG), soweit es sich nicht um eine Zahlung nach § 13 Abs. 1 und 3 JVEG handelt und die Partei, der Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist, der besonderen Vergütung zugestimmt hat.“

1.9 In Nr. 3.3.2 Satz 1 und Nr. 4.8 Satz 1 im neuen Abschnitt A werden nach der Angabe „§ 29 GKG“ jeweils ein Komma und die Angabe „§ 24 FamGKG“ eingefügt.

1.10 In Nrn. 4 und 9 im neuen Abschnitt A werden jeweils die Worte „der Prozesskostenhilfe“ gestrichen.

1.11 Nr. 4.4 im neuen Abschnitt A wird wie folgt gefasst:

„Wird die Partei, der Prozesskostenhilfe mit Zahlungsbestimmung bewilligt worden ist, rechtskräftig in die Prozesskosten verurteilt (Entscheidungsschuldner nach § 29 Nr. 1 GKG, § 24 Nr. 1 FamGKG), sind vom Gegner bereits entrichtete Kosten zurückzuzahlen (§ 31 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 GKG, § 26 Abs. 3 Satz 1 Halbsatz 2 FamGKG), soweit es sich nicht um eine Zahlung nach § 13 Abs. 1 und 3 JVEG handelt und die Partei, der Prozesskostenhilfe bewilligt worden ist, der besonderen Vergütung zugestimmt hat.“

1.12 In Nr. 5 im neuen Abschnitt A werden die Worte „bei Bewilligung von Prozesskostenhilfe“ gestrichen.

1.13 In Nr. 7.2 Satz 1 im neuen Abschnitt A werden nach der Angabe „§ 19 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 GKG“ ein Komma und die Angabe „§ 18 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 FamGKG“ eingefügt.

1.14 Nach Nr. 10.5 im neuen Abschnitt A wird folgender Abschnitt B eingefügt:

**„B.
Durchführungsbestimmungen
zur Verfahrenskostenhilfe**

1. Anwendbarkeit von Abschnitt A

1.1 In Angelegenheiten nach dem Gesetz über das Verfahren in Familiensachen und in den Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit (FamFG) gelten die Regelungen in Abschnitt A entsprechend auch für Beteiligte, denen Verfahrenskostenhilfe nach § 76 Abs. 1 FamFG in Verbindung mit §§ 114 ff. ZPO bewilligt worden ist.

1.2 Die voraussichtlich entstehenden Verfahrenskosten können der Anlage 2 entnommen werden.

1.3 Das Beiheft sowie die darin zu verwahrenden Schriftstücke erhalten hinter dem Aktenzeichen den Klammerzusatz „(VKH)“.

1.4 Hat das Gericht Verfahrenskostenhilfe bewilligt, vermerkt die Geschäftsstelle auf dem Aktendeckel neben dem Namen der Partei „Verfahrenskostenhilfe mit/ohne Zahlungsbestimmung bewilligt Bl. _____“.

2. Abweichungen

Abschnitt A Nr. 8.1 Abs. 2 Satz 2 gilt mit der Maßgabe, dass § 106 ZPO in Verbindung mit § 85 FamFG anzuwenden ist.“

1.15 Nr. 11 wird durch folgende Abschnittsüberschrift ersetzt:

**„C.
Durchführungsbestimmungen zur Stundung der
Kosten des Insolvenzverfahrens“.**

1.16 Nrn. 11.1 und 11.3 werden durch folgende neue Nr. 1 im neuen Abschnitt C ersetzt:

„1. Mitwirkung der Geschäftsstelle

1.1. Hat das Gericht die Stundung der Kosten des Insolvenzverfahrens nach § 4a InsO bewilligt, vermerkt die Geschäftsstelle auf dem Aktendeckel neben dem Namen des Schuldners „Stundung bewilligt Bl. _____“.

1.2. Dem Rechtspfleger sind die Akten vorbehaltlich Nr. 2 ferner vorzulegen, wenn die Restschuldbefreiung versagt oder widerrufen wird (§ 4c Nr. 5 InsO) oder wenn der Schuldner keine angemessene Erwerbstätigkeit ausübt, sich nicht um eine Beschäftigung bemüht oder eine zumutbare Tätigkeit ablehnt (§ 4c Nr. 4 InsO).“

1.17 Nr. 11.2 wird durch folgende neue Nr. 2 im neuen Abschnitt C ersetzt:

„2. Anwendbarkeit von Abschnitt A

Werden nach Erteilung der Restschuldbefreiung die Stundung verlängert und Zahlungen festgelegt, gelten im Übrigen folgende Nummern des Abschnitts A entsprechend:“

1.18 Nrn. 11.2.1 bis 11.2.9 werden Nrn. 2.1 bis 2.9 im neuen Abschnitt C.

1.19 Nr. 12 wird durch folgende Abschnittsüberschrift ersetzt:

**„D.
Inkrafttreten, Außerkrafttreten“.**

1.20 Die Anlage zu Nr. 1.3 DB-PKHG/DB-InsO (Stand: 1. Januar 2007) wird durch die Anlagen zu dieser Bekanntmachung (Anlagen 1 und 2 zu Nr. 1–3 DB-PKH) ersetzt.

2. Diese Bekanntmachung tritt mit Wirkung vom 1. September 2009 in Kraft.

Anlage 1 zu Nr. 1.3 DB-PKH (Stand: 1. September 2009)**Kostenvoranschlag zur Bewilligung von Prozesskostenhilfe in Klageverfahren vor den ordentlichen Gerichten (§ 115 ZPO)**

| 1 | I. Instanz | | | | II. Instanz |
|----------------|--------------------|-----------|--------------------|-----------|-------------|
| | nach Mahnverfahren | | ohne Mahnverfahren | | 6 |
| | 2 | 3 | 4 | 5 | |
| Streitwert bis | nur GKG | GKG + RVG | nur GKG | GKG + RVG | GKG + RVG |
| Euro | Euro | Euro | Euro | Euro | Euro |
| 300 | 52 | 142 | 75 | 165 | 200 |
| 600 | 82 | 240 | 105 | 263 | 314 |
| 900 | 112 | 330 | 135 | 353 | 421 |
| 1.200 | 138 | 415 | 165 | 442 | 528 |
| 1.500 | 163 | 499 | 195 | 532 | 634 |
| 2.000 | 183 | 602 | 219 | 639 | 759 |
| 2.500 | 203 | 706 | 243 | 746 | 885 |
| 3.000 | 223 | 809 | 267 | 854 | 1.010 |
| 3.500 | 243 | 912 | 291 | 961 | 1.135 |
| 4.000 | 263 | 1.016 | 315 | 1.068 | 1.261 |
| 4.500 | 283 | 1.119 | 339 | 1.175 | 1.386 |
| 5.000 | 303 | 1.222 | 363 | 1.283 | 1.511 |
| 6.000 | 340 | 1.370 | 408 | 1.438 | 1.695 |
| 7.000 | 378 | 1.517 | 453 | 1.593 | 1.878 |
| 8.000 | 415 | 1.665 | 498 | 1.748 | 2.061 |
| 9.000 | 453 | 1.813 | 543 | 1.903 | 2.244 |
| 10.000 | 490 | 1.960 | 588 | 2.058 | 2.428 |
| 13.000 | 548 | 2.137 | 657 | 2.246 | 2.653 |
| 16.000 | 605 | 2.313 | 726 | 2.434 | 2.878 |
| 19.000 | 663 | 2.490 | 795 | 2.622 | 3.103 |
| 22.000 | 720 | 2.666 | 864 | 2.810 | 3.329 |
| 25.000 | 778 | 2.843 | 933 | 2.998 | 3.554 |
| 30.000 | 850 | 3.129 | 1.020 | 3.299 | 3.910 |
| 35.000 | 923 | 3.416 | 1.107 | 3.601 | 4.266 |
| 40.000 | 995 | 3.703 | 1.194 | 3.902 | 4.622 |
| 45.000 | 1.068 | 3.989 | 1.281 | 4.203 | 4.978 |
| 50.000 | 1.140 | 4.276 | 1.368 | 4.504 | 5.334 |
| 65.000 | 1.390 | 4.755 | 1.668 | 5.033 | 5.990 |
| 80.000 | 1.640 | 5.234 | 1.968 | 5.562 | 6.647 |
| 95.000 | 1.890 | 5.713 | 2.268 | 6.091 | 7.303 |
| 110.000 | 2.140 | 6.192 | 2.568 | 6.620 | 7.960 |
| 125.000 | 2.390 | 6.672 | 2.868 | 7.150 | 8.616 |
| 140.000 | 2.640 | 7.151 | 3.168 | 7.679 | 9.273 |
| 155.000 | 2.890 | 7.630 | 3.468 | 8.208 | 9.930 |
| 170.000 | 3.140 | 8.109 | 3.768 | 8.737 | 10.586 |
| 185.000 | 3.390 | 8.588 | 4.068 | 9.266 | 11.243 |
| 200.000 | 3.640 | 9.067 | 4.368 | 9.795 | 11.899 |
| 230.000 | 4.015 | 9.793 | 4.818 | 10.596 | 12.892 |
| 260.000 | 4.390 | 10.519 | 5.268 | 11.397 | 13.886 |
| 290.000 | 4.765 | 11.245 | 5.718 | 12.198 | 14.879 |
| 320.000 | 5.140 | 11.971 | 6.168 | 12.999 | 15.872 |
| 350.000 | 5.515 | 12.697 | 6.618 | 13.800 | 16.865 |
| 380.000 | 5.890 | 13.423 | 7.068 | 14.601 | 17.858 |
| 410.000 | 6.265 | 14.149 | 7.518 | 15.402 | 18.851 |
| 440.000 | 6.640 | 14.875 | 7.968 | 16.203 | 19.845 |
| 470.000 | 7.015 | 15.601 | 8.418 | 17.004 | 20.838 |
| 500.000 | 7.390 | 16.327 | 8.868 | 17.805 | 21.831 |

Anlage 2 zu Nr. 1.3 DB-PKH (Stand: 1. September 2009)**Kostenvoranschlag zur Bewilligung von Verfahrens- bzw. Prozesskostenhilfe in familiengerichtlichen Verfahren I. Instanz (§ 76 FamFG, § 115 ZPO)**

| | Hauptsacheverfahren | | | | Verfahren einstw. Rechtsschutz | |
|---------------------------------|--|---|------------------------|-------------------|--------------------------------|--|
| | Scheidungs- sachen einschl. Folgesachen | Selbständige Familien- streitsachen | Kindschafts- sachen | Übrige Sachen | Kindschafts- sachen | Übrige Sachen und Familien- streitsachen |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| Verfahrens- wert bis | nur FamGKG | nur FamGKG | nur FamGKG | nur FamGKG | nur FamGKG | nur FamGKG |
| Euro | Euro | Euro | Euro | Euro | Euro | Euro |
| 300 | 50 | 75 | 13 | 50 | 10 | 38 |
| 600 | 70 | 105 | 18 | 70 | 11 | 53 |
| 900 | 90 | 135 | 23 | 90 | 14 | 68 |
| 1.200 | 110 | 165 | 28 | 110 | 17 | 83 |
| 1.500 | 130 | 195 | 33 | 130 | 20 | 98 |
| 2.000 | 146 | 219 | 37 | 146 | 22 | 110 |
| 2.500 | 162 | 243 | 41 | 162 | 25 | 122 |
| 3.000 | 178 | 267 | 45 | 178 | 27 | 134 |
| 3.500 | 194 | 291 | 49 | 194 | 30 | 146 |
| 4.000 | 210 | 315 | 53 | 210 | 32 | 158 |
| 4.500 | 226 | 339 | 57 | 226 | 34 | 170 |
| 5.000 | 242 | 363 | 61 | 242 | 37 | 182 |
| 6.000 | 272 | 408 | 68 | 272 | 41 | 204 |
| 7.000 | 302 | 453 | 76 | 302 | 46 | 227 |
| 8.000 | 332 | 498 | 83 | 332 | 50 | 249 |
| 9.000 | 362 | 543 | 91 | 362 | 55 | 272 |
| 10.000 | 392 | 588 | 98 | 392 | 59 | 294 |
| 13.000 | 438 | 657 | 110 | 438 | 66 | 329 |
| 16.000 | 484 | 726 | 121 | 484 | 73 | 363 |
| 19.000 | 530 | 795 | 133 | 530 | 80 | 398 |
| 22.000 | 576 | 864 | 144 | 576 | 87 | 432 |
| 25.000 | 622 | 933 | 156 | 622 | 94 | 467 |
| 30.000 | 680 | 1.020 | 170 | 680 | 102 | 510 |
| 35.000 | 738 | 1.107 | 185 | 738 | 111 | 554 |
| 40.000 | 796 | 1.194 | 199 | 796 | 120 | 597 |
| 45.000 | 854 | 1.281 | 214 | 854 | 129 | 641 |
| 50.000 | 912 | 1.368 | 228 | 912 | 137 | 684 |
| 65.000 | 1.112 | 1.668 | 278 | 1.112 | 167 | 834 |
| 80.000 | 1.312 | 1.968 | 328 | 1.312 | 197 | 984 |
| 95.000 | 1.512 | 2.268 | 378 | 1.512 | 227 | 1.134 |
| 110.000 | 1.712 | 2.568 | 428 | 1.712 | 257 | 1.284 |
| 125.000 | 1.912 | 2.868 | 478 | 1.912 | 287 | 1.434 |
| 140.000 | 2.112 | 3.168 | 528 | 2.112 | 317 | 1.584 |
| 155.000 | 2.312 | 3.468 | 578 | 2.312 | 347 | 1.734 |
| 170.000 | 2.512 | 3.768 | 628 | 2.512 | 377 | 1.884 |
| 185.000 | 2.712 | 4.068 | 678 | 2.712 | 407 | 2.034 |
| 200.000 | 2.912 | 4.368 | 728 | 2.912 | 437 | 2.184 |
| 230.000 | 3.212 | 4.818 | 803 | 3.212 | 482 | 2.409 |
| 260.000 | 3.512 | 5.268 | 878 | 3.512 | 527 | 2.634 |
| 290.000 | 3.812 | 5.718 | 953 | 3.812 | 572 | 2.859 |
| 320.000 | 4.112 | 6.168 | 1.028 | 4.112 | 617 | 3.084 |
| 350.000 | 4.412 | 6.618 | 1.103 | 4.412 | 662 | 3.309 |
| 380.000 | 4.712 | 7.068 | 1.178 | 4.712 | 707 | 3.534 |
| 410.000 | 5.012 | 7.518 | 1.253 | 5.012 | 752 | 3.759 |
| 440.000 | 5.312 | 7.968 | 1.328 | 5.312 | 797 | 3.984 |
| 470.000 | 5.612 | 8.418 | 1.403 | 5.612 | 842 | 4.209 |
| 500.000 | 5.912 | 8.868 | 1.478 | 5.912 | 887 | 4.434 |

| | Hauptsacheverfahren | | | | Verfahren einstw. Rechtsschutz | |
|---------------------------------|--|---|-------------------------|-------------------------|--------------------------------|--|
| | Scheidungs- sachen einschl. Folgesachen | Selbständige Familien- streitsachen | Kindschafts- sachen | Übrige Sachen | Kindschafts- sachen | Übrige Sachen und Familien- streitsachen |
| 1 | 2 | 3 | 4 | 5 | 6 | 7 |
| Verfahrens- wert bis | FamGKG + RVG | FamGKG + RVG | FamGKG + RVG | FamGKG + RVG | FamGKG + RVG | FamGKG + RVG |
| Euro | Euro | Euro | Euro | Euro | Euro | Euro |
| 300 | 140 | 165 | 102 | 140 | 100 | 127 |
| 600 | 228 | 263 | 176 | 228 | 169 | 211 |
| 900 | 308 | 353 | 240 | 308 | 231 | 285 |
| 1.200 | 387 | 442 | 305 | 387 | 294 | 360 |
| 1.500 | 467 | 532 | 369 | 467 | 356 | 434 |
| 2.000 | 566 | 639 | 456 | 566 | 442 | 529 |
| 2.500 | 665 | 746 | 544 | 665 | 528 | 625 |
| 3.000 | 765 | 854 | 631 | 765 | 613 | 720 |
| 3.500 | 864 | 961 | 718 | 864 | 699 | 815 |
| 4.000 | 963 | 1.068 | 806 | 963 | 785 | 911 |
| 4.500 | 1.062 | 1.175 | 893 | 1.062 | 870 | 1.006 |
| 5.000 | 1.162 | 1.283 | 980 | 1.162 | 956 | 1.101 |
| 6.000 | 1.302 | 1.438 | 1.098 | 1.302 | 1.071 | 1.234 |
| 7.000 | 1.442 | 1.593 | 1.215 | 1.442 | 1.185 | 1.366 |
| 8.000 | 1.582 | 1.748 | 1.333 | 1.582 | 1.300 | 1.497 |
| 9.000 | 1.722 | 1.903 | 1.451 | 1.722 | 1.414 | 1.638 |
| 10.000 | 1.862 | 2.058 | 1.568 | 1.862 | 1.529 | 1.764 |
| 13.000 | 2.027 | 2.246 | 1.699 | 2.027 | 1.655 | 1.918 |
| 16.000 | 2.192 | 2.434 | 1.829 | 2.192 | 1.781 | 2.071 |
| 19.000 | 2.357 | 2.622 | 1.960 | 2.357 | 1.907 | 2.225 |
| 22.000 | 2.522 | 2.810 | 2.090 | 2.522 | 2.033 | 2.378 |
| 25.000 | 2.687 | 2.998 | 2.221 | 2.687 | 2.158 | 2.532 |
| 30.000 | 2.959 | 3.299 | 2.449 | 2.959 | 2.381 | 2.789 |
| 35.000 | 3.232 | 3.601 | 2.678 | 3.232 | 2.604 | 3.047 |
| 40.000 | 3.504 | 3.902 | 2.907 | 3.504 | 2.827 | 3.305 |
| 45.000 | 3.776 | 4.203 | 3.135 | 3.776 | 3.050 | 3.562 |
| 50.000 | 4.048 | 4.504 | 3.364 | 4.048 | 3.273 | 3.820 |
| 65.000 | 4.477 | 5.033 | 3.643 | 4.477 | 3.532 | 4.199 |
| 80.000 | 4.906 | 5.562 | 3.922 | 4.906 | 3.791 | 4.578 |
| 95.000 | 5.335 | 6.091 | 4.201 | 5.335 | 4.050 | 4.957 |
| 110.000 | 5.764 | 6.620 | 4.480 | 5.764 | 4.309 | 5.336 |
| 125.000 | 6.194 | 7.150 | 4.760 | 6.194 | 4.568 | 5.716 |
| 140.000 | 6.623 | 7.679 | 5.039 | 6.623 | 4.827 | 6.095 |
| 155.000 | 7.052 | 8.208 | 5.318 | 7.052 | 5.086 | 6.474 |
| 170.000 | 7.481 | 8.737 | 5.597 | 7.481 | 5.346 | 6.853 |
| 185.000 | 7.910 | 9.266 | 5.876 | 7.910 | 5.605 | 7.232 |
| 200.000 | 8.339 | 9.795 | 6.155 | 8.339 | 5.864 | 7.611 |
| 230.000 | 8.990 | 10.596 | 6.581 | 8.990 | 6.260 | 8.187 |
| 260.000 | 9.641 | 11.397 | 7.007 | 9.641 | 6.656 | 8.763 |
| 290.000 | 10.292 | 12.198 | 7.433 | 10.292 | 7.052 | 9.339 |
| 320.000 | 10.943 | 12.999 | 7.859 | 10.943 | 7.448 | 9.915 |
| 350.000 | 11.594 | 13.800 | 8.285 | 11.594 | 7.844 | 10.491 |
| 380.000 | 12.245 | 14.601 | 8.711 | 12.245 | 8.240 | 11.067 |
| 410.000 | 12.896 | 15.402 | 9.137 | 12.896 | 8.636 | 11.643 |
| 440.000 | 13.547 | 16.203 | 9.563 | 13.547 | 9.032 | 12.219 |
| 470.000 | 14.198 | 17.004 | 9.989 | 14.198 | 9.428 | 12.795 |
| 500.000 | 14.849 | 17.805 | 10.415 | 14.849 | 9.824 | 13.371 |

Stellenausschreibungen

I. Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern um folgende Stellen entgegengesehen, die mit Ausnahme der Nr. 2 auch durch Teilzeitkräfte besetzt werden können:

1. Vorsitzender Richter am Oberlandesgericht (Besoldungsgruppe R 3) in Nürnberg
2. Richter an den Amtsgerichten als ständige Vertreter der Direktoren dieser Gerichte (Besoldungsgruppe R 2) in Fürth und Nördlingen

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 Bayerisches Gleichstellungsgesetz).

Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Besetzung mit schwerbehinderten Bewerberinnen und Bewerbern geeignet; diese werden bei im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt.

Bewerbungsfrist: 15. Oktober 2009.

II. Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern um folgende Stellen entgegengesehen:

1. Geschäftsleiter bei dem Amtsgericht Bamberg in Besoldungsgruppe A 12 mit Entwicklungsmöglichkeit nach Besoldungsgruppe A 14. Diese Stelle ermöglicht den Aufstieg in den höheren Rechtspfleger- und Justizverwaltungsdienst. Zur Bewerbung aufgefordert sind insbesondere Rechtspflegerinnen und Rechtspfleger der Besoldungsgruppen A 11 und A 12 sowie Versetzungsbewerber der Besoldungsgruppen A 12 und A 13.
2. Geschäftsleiter bei dem Amtsgericht Miesbach in Besoldungsgruppe A 11 mit Entwicklungsmöglichkeit nach Besoldungsgruppe A 13.
3. Leiter des Sachgebiets Verwaltungssachen der Gemeinsamen IT-Stelle der bayerischen Justiz bei dem Oberlandesgericht München in der Besoldungsgruppe A 12 mit Entwicklungsmöglichkeit nach Besoldungsgruppe A 13. Vorausgesetzt werden sehr gute Kenntnisse in Verwaltungsangelegenheiten und in Aufbau und Organisation der Justizbehörden sowie Erfahrungen in der Planung von IT-Projekten und in der Personalführung.

Frauen sind besonders aufgefordert, sich zu bewerben (Art. 7 Abs. 3 Bayerisches Gleichstellungsgesetz). Die ausgeschriebenen Stellen sind für die Besetzung mit einer schwerbehinderten Bewerberin/einem schwerbehinderten Bewerber geeignet; diese/dieser wird bei im Wesentlichen gleicher Eignung bevorzugt. Hinsichtlich des Anforderungsprofils der unter Nrn. 1 und 2 ausgeschriebenen Stellen wird auf die Bekanntmachung des Bayerischen Staatsministeriums der Justiz vom 27. März 2002 (JMBl S. 53) Bezug genommen. Die in Nr. 3 ausgeschriebene Stelle kann auch durch eine Teilzeitkraft besetzt werden.

Bewerbungsfrist: 15. Oktober 2009.

III. Es wird Gesuchen von Bewerberinnen und Bewerbern um folgende Notarstellen entgegengesehen:

Freie Notarstellen:

Bad Berneck i. Fichtelgebirge (bisheriger Inhaber: Notar Daniel Siebenhaar)
frei seit 1. August 2009

Dingolfing (bisheriger Inhaber: Notar Bertrand Koller)
frei seit 1. August 2009
evtl. in gemeinsamer Berufsausübung mit Notar Bernhard Gleißner)

Rottenburg a. d. Laaber (bisheriger Inhaber: Notar Augustin Burghard)
frei seit 24. August 2009

Frei werdende Notarstellen:

Coburg (derzeitiger Inhaber: Notar Dr. Hans-Jürgen Heil)
frei ab 1. März 2010
evtl. in gemeinsamer Berufsausübung mit Notar Dr. Jan Heisel)

Ingolstadt (derzeitiger Inhaber: Notar Franz Edler von Koch)
frei ab 1. März 2010
evtl. in gemeinsamer Berufsausübung mit Notarin Marion Ampenberger)

München (derzeitiger Inhaber: Notar Walter Zöllner)
frei ab 1. März 2010
evtl. in gemeinsamer Berufsausübung mit Notar Ferdinand Huwendiek)

München (derzeitiger Inhaber: Notar Dr. Friedrich Schalkhaußer)
frei ab 1. März 2010
evtl. in gemeinsamer Berufsausübung mit Notarin Dr. Sibylle Wenner)

München (derzeitiger Inhaber: Notar Dr. Peter Korschan)
frei ab 1. Mai 2010
evtl. in gemeinsamer Berufsausübung mit Notar Dr. Claus Gastroph)

Notarassessorinnen und Notarassessoren können sich um alle ausgeschriebenen Notarstellen bewerben. Es wird Bewerbungen von Notarassessorinnen und Notarassessoren entgegengesehen, die zum

- 1. Januar 2010 (Notarstellen in Bad Berneck i. Fichtelgebirge und Rottenburg a. d. Laaber),
- 1. Februar 2010 (Notarstelle in Dingolfing),
- 1. März 2010 (Notarstellen in Coburg, Ingolstadt und München [Zöller] [Dr. Schalkhauser]) bzw.
- 1. Mai 2010 (Notarstelle in München [Dr. Korschan]),

eine dreijährige Mindestanwärterzeit (§7 Abs. 1 BNotO) vollendet haben. Die genannten Stichtage gelten für Notare entsprechend hinsichtlich der Mindestverweildauer am bisherigen Amtssitz.

Die Bewerber um die Notarstellen in Dingolfing, Coburg, Ingolstadt und München (Zöller, Dr. Korschan und Dr. Schalkhauser) haben anzugeben, ob sie bereit sind, eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung einzugehen, ob ihre Bewerbung nur für den Fall gilt, dass eine Verbindung zur gemeinsamen Be-

rufsausübung zustande kommt, oder ob die Bewerbung auch dann gelten soll, wenn eine Verbindung zur gemeinsamen Berufsausübung nicht vereinbart wird.

Wird eine Bewerbung nur für den Fall abgegeben, dass eine gemeinsame Berufsausübung zustande kommt, gilt sie auch dann, wenn der verbleibende Notar gemäß Abschnitt V Nr. 4 Buchst. b der Richtlinien für die Amtspflichten und sonstigen Pflichten der Mitglieder der Landesnotarkammer Bayern nach §67 Abs. 2 BNotO die Übergabe der vollwertigen Notarstelle des ausgeschiedenen Notars anbietet.

Die Bewerber um die Notarstellen in Dingolfing und München werden darauf hingewiesen, dass sich Änderungen im Umfang des Amtsbereichs ergeben können, sofern eine Anpassung der Amtsbereichsgrenzen an geänderte Verwaltungsbezirksgrenzen notwendig ist.

Bewerbungsfrist: 20. Oktober 2009.

Das Bewerbungsgesuch ist bei der Landesnotarkammer Bayern einzureichen.

Literaturhinweise

C. H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München

Schmidt, Privatsolvenz, 3. Auflage. 2009. XIII. 231 Seiten. 39,00 €.

Verlagsgruppe Hüthig-Jehle-Rehm GmbH, München

Linhart, Schreiben, Bescheide und Vorschriften in der Verwaltung. Grundwerk. Stand 1. April 2009. 68,00 €.

21. Ergänzungslieferung zu Breier/Dassau, TV-L: Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder. Kommentar zum Tarif- und Arbeitsrecht im öffentlichen Dienst. Stand August 2009. 94,95 €.

32. Ergänzungslieferung zu Zängl/Conrad, Bayerische Disziplinarordnung. Kommentar. Stand 1. Juli 2009. 58,25 €.

74. Ergänzungslieferung zu Weber/Banse, Das Urlaubsrecht des öffentlichen Dienstes. Stand Juli 2009. 76,20 €.

102. Ergänzungslieferung zu Uttlinger/Saller, Das Reisekostenrecht in Bayern. Stand 1. August 2009. 48,20 €.

80. Ergänzungslieferung zu Lange/Novak, Kindergeldrecht im öffentlichen Dienst. Kommentar. Stand 1. Juni 2009. 78,40 €.

154. Ergänzungslieferung zu Weiß/Niedermaier/Summer, Beamtenrecht in Bayern. Kommentar. Stand Juni 2009. 97,60 €.

32. Ergänzungslieferung zu Keck/Puchta, Bayerisches Laufbahnrecht. Mit Kommentar zur Laufbahnverordnung. Stand Juni 2009. 95,40 €.

141. Ergänzungslieferung zu Schwegmann/Summer, Bundesbesoldungsgesetz. Kommentar. Stand Mai 2009. 104,35 €.

Carl Link Verlag, Kronach

123. Ergänzungslieferung zu Graß/Duhnkrack, Umweltrecht in Bayern. Vorschriften zum Schutz der Umwelt mit erläuternden Hinweisen. Stand 1. Juni 2009. 56,76 €.

152. Ergänzungslieferung zu Hartinger/Hegemer/Hiebel, Dienstrecht in Bayern I. Ergänzbare Sammlung zum Beamten- und Besoldungsrecht mit erläuternden Hinweisen. Stand 1. August 2009. 35,00 €.

54. Ergänzungslieferung zu Leonhardt, Jagdrecht. Bundesjagdgesetz - Bayerisches Jagdgesetz - Ergänzende Bestimmungen. Kommentar. Stand 1. August 2009. 51,64 €.

117. Ergänzungslieferung zu Hartinger/Rothbrust, Dienstrecht in Bayern II. Inkl. CD-ROM „Dienstrecht Bayern“. Stand August 2009. 45,78 €.

121. Ergänzungslieferung zu Grüner/Dalichau, SGB VI - Rentenversicherung. Kommentar und Rechtssammlung. Stand 15. Juni 2009. 116,80 €.

224. Ergänzungslieferung zu Schiwy, Chemikaliengesetz. Kommentar und Sammlung deutscher und internationaler Vorschriften. Stand 1. Juni 2009. 125,00 €.

Walhalla Fachverlag, Regensburg

Richter/Gamisch, Stellenbeschreibung für den öffentlichen und kirchlichen Dienst nach TVöD, TV-L, TV-V, AVR, BAT-KF. Praxishandbuch mit Musterformulierungen. 3., aktualisierte Auflage. 192 Seiten. 16,50 €.

Herausgeber/Redaktion: Bayerisches Staatsministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Prielmayerstraße 7, 80335 München, Telefon (0 89) 55 97-01, E-Mail: poststelle@stmjv.bayern.de

Technische Umsetzung: Bayerische Staatsbibliothek, Ludwigstraße 16, 80539 München

Druck: Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech, Hindenburgring 12, 86899 Landsberg am Lech, Telefon (0 81 91) 126-725, Telefax (0 81 91) 126-855, E-Mail: druckerei.betrieb@jva-ll.bayern.de

Erscheinungshinweis/Bezugsbedingungen: Das Bayerische Justizministerialblatt (JMBl) erscheint nach Bedarf mit bis zu zwölf Heften

jährlich. Es wird im Internet auf der „Verkundungsplattform Bayern“ www.verkundung.bayern.de veröffentlicht. Das dort eingestellte elektronische PDF/A-Dokument ist die amtlich verkündete Fassung. Die „Verkundungsplattform Bayern“ ist für jedermann kostenfrei verfügbar.

Ein Ausdruck der verkündeten Amtsblätter kann bei der Justizvollzugsanstalt Landsberg am Lech gegen Entgelt bestellt werden. Das Jahresabonnement des Bayerischen Justizministerialblatts kostet 30 Euro zuzüglich Portokosten. Nähere Angaben zu den Bezugsbedingungen können der „Verkundungsplattform Bayern“ entnommen werden.

ISSN 1867-9145
